

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

als ich 2021 meine Haushaltsrede hier im Rat gehalten habe, versah meinen Beitrag die MV mit der Überschrift „Die Zeche zahlt am Ende der Bürger.“

Zugegeben, so weit ist es in diesem Jahr noch nicht gekommen. Die großen Befürchtungen im Herbst als der Haushaltplanentwurf 2023 eingebracht worden ist, haben sich in dem Ausmaß nicht bestätigt. Das Damoklesschwert der Haushaltssicherung schwebt nicht mehr über uns und es kann in diesem Jahr noch einmal ein ausgeglichener Haushalt präsentiert werden.

Doch dies ist wahrlich kein Grund zum Jubel, sondern vielmehr nichts anderes als eine kurze Verschnaufpause für das kommende Jahr. Denn die Stadt Rheine ist nicht noch einmal sozusagen mit einem blauen Auge davongekommen, weil eine vorausschauende und besonnene Haushaltsführung gemacht wurde, sondern deshalb, weil äußere Umstände dafür gesorgt haben, dass viele schlimme Befürchtungen nicht eingetreten sind.

So ist der von vielen vorausgesagte „heiße Herbst“ ausgeblieben. Die Konjunktur zeigt sich, entgegen vielen Prognosen, sehr stabil und in Europa reiben sich inzwischen viele Politiker und Wirtschaftswissenschaftler die Augen, wie Deutschland es wahrscheinlich wieder schafft, diese Krise bisher gut zu meistern.

Und dies liegt vor allem daran, dass es die Bundesregierung offenbar wohl geschafft hat, die richtigen und notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Mit einer besonnenen und vorausschauenden Politik, konnten viele Belastungen zumindest auf ein erträgliches Maß, abgemildert werden. Leider wird dies in der Öffentlichkeit offenbar nicht so deutlich, weil sich Teile der Medien und auch Protagonisten anderer Parteien

lieber mit Negativschlagzeilen befassen und somit ein völlig anderes Bild zeichnen.

Allerdings darf auch nicht verschwiegen werden, dass es trotzdem äußere Einwirkungen gibt, die von der Stadt Rheine zu bewältigen sind und waren. Zu nennen sind hier vor allem die hohen Aufwendungen bei der Unterbringung von schuttsuchenden Menschen. Es zeichnet sich immer mehr ab, dass die Anzahl der Menschen, die bei uns vor Krieg und Verfolgung Schutz suchen, größer wird als 2015. Die Kommunen geraten hier immer mehr an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Diese Menschen sind bei uns willkommen und brauchen unsere Unterstützung. Es kann jedoch nicht sein, dass die damit verbundenen Kosten in den Kommunen verbleiben und Land und Bund sich hier immer wieder aus der Verantwortung stehlen.

Begrüßenswert ist ebenfalls, dass der Bund den Anspruch der Berechtigten beim Wohngeld weiter ausgedehnt hat. Eine solche Reform war längst überfällig und bereits seit vielen Jahren notwendig, denn die Mieten sind nicht erst in den letzten zwei Jahren immer stärker gestiegen. Dass dies jedoch zu einer erheblichen Mehrbelastung bei den zuständigen Bewilligungsbehörden führen wird, dürfte auch beim Gesetzgeber bekannt gewesen sein. Denn mit dem bisher zur Verfügung stehendem Personal kann die große Antragswelle wohl kaum bewältigt werden. Daher wäre es angebracht gewesen, wenn der Bund den Kommunen für das benötigte Personal auch die entsprechenden Personalkosten zur Verfügung gestellt hätte.

Doch bei unserem Haushalt muss auch genau hingeschaut werden. Und wer sich diese Mühe macht und in die Tiefe geht, wird fündig werden und so manche Schwachstelle in der Finanzpolitik unserer Stadt entdecken.

Denn wir müssen und sollten ehrlich bleiben. Wer mit den Menschen in unserer Stadt spricht, wird schnell merken, so manches Thema für Unbehagen und Missmut sorgt.

Noch immer können viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nicht nachvollziehen, warum in Zeiten wie diesen ein aufwendiger und vor allem teurer Umbau am Rathaus und im Rathauszentrum vorgenommen werden muss.

Auch wenn inzwischen fast schon feierlich verkündet wird, dass die Kosten angeblich nicht so explodieren werden, wie bisher angenommen, bleibt hier weiter sehr viel Ungewissheit. Wie am Ende die Rechnung dann tatsächlich aussehen wird, werden wir noch sehen. Doch es bleibt zunächst dabei, dass sich die Mehrheit des Rates und auch die Verwaltung bei diesem Projekt vollkommen verrechnet hat. Genau dies sollte man auch endlich zugeben und nicht immer so tun, als hätte dieses Projekt mit der Schieflage der städtischen Finanzen nichts zu tun.

Genau das ist falsch und das wissen auch diejenigen, die das Gegenteil behaupten. Denn es ist genau seit dem Beschluss zu diesem Projekt im Jahr 2021 immer wieder deutlich geworden, dass die Stadt Rheine in den nächsten Jahren wohl in die Haushaltssicherung rutschen wird.

Und wenn dies dann auch noch durch den Bund der Steuerzahler so dargestellt wird und einigen Politiker, die für den Umbau gestimmt haben, nichts anderes einfällt, den Bund der Steuerzahler öffentlich als einen Club der Besserverdienenden zu bezeichnen, dann ist dies nicht anderes als Ignoranz vor der Wahrheit. Denn schon oft genug haben Politiker dieser Parteien auf allen Ebenen den Bund der Steuerzahler als Kronzeugen herangezogen, wenn es in ihr politisches Konzept passte.

So wird es daher auch nur noch eine Frage der Zeit sein, wann sich dieser Rat zu nicht unerheblichen Steuererhöhungen durchringen muss. Bleibt dabei zu hoffen, dass dann alle hier Anwesenden der Wahrheit ins Gesicht sehen werden und sich nicht aus Angst vor bevorstehenden Wahlen vor der Verantwortung drücken.

Daher ist zu befürchten, dass es zu erheblichen Einschnitten bei den freiwilligen Leistungen kommen könnte. Dies könnte sich jedoch in vielen Bereichen als fatal erweisen, weil solche Einschnitte oft in erster Linie Menschen in unserer Stadt treffen, die nicht unbedingt auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Nicht nur diese gerade von mir genannte Themen werden in den nächsten Jahren auch eine politische Baustelle sein. Es gibt weitere Themen, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden.

Da wäre zunächst der Klimaschutz, der nicht nur auf internationalen Konferenzen in Kairo und anderswo diskutiert werden darf. Klimaschutz fängt bei uns vor der Haustür an und es ist kein Thema von Sonntagsreden, Absichtserklärungen oder schönen bunten Broschüren.

Wir werden dabei nicht weiterkommen, wenn immer wieder Absichtserklärungen abgegeben, doch konkrete Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Denn Klimaschutz bedeutet nicht, erst dann aktiv zu werden, wenn uns die Natur wieder deutlich macht, dass es nicht so weitergehen darf. Nein, es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die dazu beitragen, dass es nach Möglichkeit nicht zu solchen Problemen kommt.

Und an dieser Stelle hat die Stadt Rheine im vergangenen Jahr wieder eine große Chance verspielt, als sie dem Investor des Geländes der ehemaligen Kümpers-Fabrik auf KUBA sozusagen einen Blankoscheck für eine massive und vor allem nicht nachvollziehbare Bebauung auf einer ökologisch wichtigen und schützenswerten Wiese ausstellte. Solche Beschlüsse sind mit Hinblick auf die angespannte Klimasituation nicht nachvollziehbar und machen vor allem deutlich, dass die Stadt Rheine hier, im Vergleich zu anderen Städten, einen erheblichen Nachholbedarf hat. Wenn dann noch Politiker sagen „Es ist doch nicht mehr als nur eine Wiese.“, dann wird deutlich, dass viele Ratsmitglieder den Ernst

der Lage auch hier vor unserer Haustür wohl immer noch nicht erkannt haben oder nicht erkennen wollen. Von dem Umgang mit den Menschen bei der Bürgerbeteiligung ganz zu schweigen. Das war mehr als ein abschreckendes Beispiel, wie Bürgerbeteiligung nämlich nicht aussehen darf. Denn es reicht nicht aus, sich einmal im Jahr richtig zu freuen, weil man mal wieder im Stadtradeln die Nase vorn hatte. Das ist viel zu wenig und gleicht einem Placebo.

Und dann wird in unserer Stadt leider immer noch eine Verkehrspolitik aus dem Blickwinkel der Autofahrer gemacht. Auch hier ist inzwischen bei vielen anderen vergleichbaren Städten längst ein Umdenken erfolgt. Mir ist bewusst, dass dieses Umdenken auch Geld kostet. Wahrscheinlich sogar mehr, als wenn man die bisherige Planungspolitik beibehält. Doch dieses Geld ist nachhaltiger und vor allem zukunftsweisender angelegt, als so manches andere Projekt in unserer Stadt, die zu Fässern ohne Boden werden.

Es wäre daher schön, wenn sich die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung endlich zu diesem Umdenkungsprozess entscheiden. Wir sind in Rheine deshalb davon noch ein ganzes Stück entfernt, weil bei vielen immer noch nach dem Prinzip „Das geht nicht“ vorgegangen wird. Wir brauchen aber vielmehr ein „Wir machen das“ anstatt „Das geht nicht“. Denn so wie jetzt laufen wir weiter hinterher und uns die Zeit vor allem davon.

Aufgrund der vorgegebenen Zeit für diese Haushaltsrede, gibt es noch viele andere Dinge und Themen, die hier eigentlich angesprochen werden müssten. Doch es würde den Rahmen sprengen und eigentlich müssten alle von uns wissen, wo wir gefordert sind. Dies sind vor allem zukunftsfähige Schulen und Kindertagesstätten. Noch mehr bezahlbarer Wohnraum und keine Luxusbauten wie auf KUBA vorgesehen. Menschen die durch die aktuelle Situation Probleme haben durch ihr Leben zu kommen, brauchen unsere aktive Unterstützung. Da wird ein einmaliges städtisches Unterstützungspaket nicht ausreichen.

Denn schon jetzt sind die Transferleistungen ein großer Posten im städtischen Haushalt, der in den vergangenen Jahren stetig gestiegen ist.

Wir werden in den Kommunen in den kommenden Jahren noch vor viele Herausforderungen gestellt werden. Die aktuellen Krisen verlangen uns weiterhin eine ganze Menge ab. Und es ist leider zu befürchten, dass es weitere ähnliche Ereignisse geben wird, wo wir den Menschen vielleicht noch mehr zumuten müssen.

Der Gestaltungsspielraum könnte dadurch immer kleiner werden und es kann sein, dass sich die Kommunalpolitik in den kommenden Jahren immer stärker darauf konzentrieren muss, mit diesen Herausforderungen und Krisen so umzugehen, dass das Leben für die Menschen in unserer Stadt erträglich und lebenswert bleibt.

Und diese aktuellen und auch kommenden Herausforderungen sollten für uns Auftrag und Anlass sein, bei der Haushaltspolitik in den kommenden Jahren zukunftsweisend und vor allem nachhaltig umzudenken. Denn die ausgegebene Zeitenwende wird vor den städtischen Finanzen einer jeden Kommune nicht halt machen und sich in den nächsten Jahren immer mehr ausweiten.

Genau diese Aspekte finden in dem vorliegenden Haushalt kaum oder nur wenig Beachtung. Ob die Stadt Rheine für die Zukunft gut aufgestellt ist, wird sich daher in den kommenden Jahren zeigen. Nach meiner Auffassung ist sie es mit diesem Haushalt erst einmal nicht. Und daher werde ich diesen Haushalt heute ablehnen.